## 7. Zur Finanzierung von Reformmaßnahmen

beschlossen im Juni 1973 in Mainz

- (1) Die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten, die Beseitigung der materiellen Misere, der Abbau des Numerus clausus und die notwendige Bildungsreform erfordern jetzt und in Zukunft eine erhebliche Ausweitung der für den Bildungsbereich bereitzustellenden Mittel. Der SLH lehnt daher die vom Finanzplanungsrat beschlossene Beschränkung der Bildungsausgaben von Bund und Ländern bis 1975 auf 53,6 Mrd. DM ab und fordert eine Revision dieses Beschlusses.
- (2) Der SLH ist der Ansicht, daß die notwendigen Mittel nicht nur durch einfache Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten beschafft werden können, sondern daß zur Erfüllung dieser Aufgaben der Anteil der staatlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt gegenüber privatem Konsum und privaten Investitionen ausgeweitet werden muß. Der SLH fordert dafür u. a. eine stärkere Belastung der höheren Einkommen, der Gewinne und der Erbschaften.
- (3) Allerdings ist der Wille zu einer strukturellen und inhaltlichen Reform des Bildungswesens keineswegs nur abhängig von Möglichkeiten der Finanzierung, sondern im wesentlichen auch bestimmt vom politischen Bewußtsein in Hochschule und Gesellschaft.

Der SLH sieht in einer Außenpolitik, die auf Entspannung, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist, die einzige Möglichkeit zur Verhinderung von kriegerischen Auseinandersetzungen. Der SLH geht dabei von folgenden Prinzipien aus:

- Verzicht von Gewaltanwendung bei Lösung von Konflikten;
- Respektierung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker;
- Erhaltung und Erkämpfung liberaler Freiheitsrechte;
- Unterstützung einer gerechten Sozialordnung;
- Verzicht auf jegliches Interventionsrecht zweiter oder dritter Staaten.

Der SLH begrüßt daher die Gespräche über einen gegenseitigen, ausgewogenen Truppenabbau sowie die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Abrüstung heißt für den SLH nicht nur Umorganisation und Verminderung des militärischen Potentials, sondern auch Verlagerung der Mittel zur umfassenden Steigerung der Lebensqualität. Deshalb ist der SLH der Ansicht, daß die bei einem erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen freiwerdenden und bisher für die Rüstungsausgaben verwendeten Mittel insbesondere dem Bildungsbereich zugute kommen sollen!